

Rebell der Mitte

Freiheitsbringer und Versöhner: François Bayrou erfindet das extreme Zentrum



JOHANNES WETZEL, geb. 1963, arbeitet als freier Journalist in Paris, u.a. für die *Berliner Zeitung*, die *Welt* und *France Inter*.

Mit wachsender Sorge verfolgen Nicolas Sarkozy und Ségolène Royal die Aufholjagd des UDF-Kandidaten François Bayrou. Erfolgreich fischt der überzeugte Europäer im Reservoir der Protestwähler. Gelingt der Versuch, eine „dritte Kraft“ jenseits von UMP und PS zu etablieren?

Es war Anfang Dezember bei strahlendem Sonnenschein in einem Dörfchen im französischen Südwesten vor der großartigen Kulisse der Pyrenäen, als François Bayrou, Vorsitzender der bürgerlich-liberalen „Union für die französische Demokratie“ (UDF) den aus Paris herbeigeschafften Journalisten verkündete, er wolle Frankreichs nächster Staatspräsident werden. Seit diesem Tag hält das Hoch über Bayrou an, und die Inszenierung gab das Thema vor, mit dem Bayrou unerwartet erfolgreich seinen Wahlkampf betreibt. Der 57-jährige Kandidat, Spitzenpolitiker seit Jahrzehnten, hat in einer unerhört originellen Wendung die Pose des Herausforderers eingenommen: Von Béarn aus, seiner Heimatprovinz, will er Paris erobern. Als Bauernsohn und Pferdezüchter, der sich auf einem Traktor fotografieren lässt, will er die Eliten herausfordern. Als einer, der sein Stottern überwunden hat, will er vor die Nation treten. Er will es mit den Medien aufnehmen, denen er vorwirft, vorschnell die Sozialistin Ségolène Royal und den rechtskonservativen Nicolas Sarkozy zu Favoriten zu erklären. Er will „das System“, den „archaischen Gegensatz von Rechts und Links“, aufbrechen. Kurz, er appelliert an den „electoral killer“ (*Libération*), der bereits für den Wahlerfolg des Rechtsextremen Le Pen 2002 und das „Nein“ zum EU-Verfassungsvertrag verantwortlich war. Bayrou erfasst die Protestwähler – „aber zum ersten Mal ist das ein konstruktiver Protest“, erklärt er.

Jedenfalls hat Bayrou die Konsequenz aus dem tief sitzenden Unmut gezogen. Damit hat er nicht nur den Kandidaten der extremen Rechten vom dritten Platz vertrieben. Der Historiker Marcel Gauchet, als Herausgeber der Zeitschrift *Debats* einer der gefragtesten Analytiker, führt darauf den deutlichen Einbruch

der extremen Linken zurück: „Die mit dem Herzen links Wählenden haben erkannt, dass ihre Stimme für die Trotzlisten nichts verändert hat.“ Ihr Verstand sage ihnen jetzt, dass sie „mit Bayrou das Spiel viel besser durcheinanderbringen“. Der Vorsitzende einer staatstragenden Partei hat sich „im Namen des dritten Standes“ (so der Titel seines 2006 erschienenen Buches) zum Revolutionär erklärt. Alain Duhamel, ein angesehener politischer Beobachter, brachte es auf die Formel: „Bayrou erfindet das extreme Zentrum.“ Und Bayrous Wahlprogramm ist nicht weniger paradox. Um sich von den Konkurrenten abzusetzen, genügt ein einziges Versprechen: nichts zu versprechen, was nicht zu halten ist. Also sehr wenig: ein bisschen kostenneutrale Umverteilung, Schuldenabbau, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit durch Streichung der Sozialabgaben für zwei Neueinstellungen pro Unternehmen – aber keine Anhebung des Mindestlohns, wie sie die Sozialisten im Programm haben. Also ein anspruchsloses Wirtschaftsprogramm mit Rezepten der Rechten. Nun mag man einwenden, dass Wirtschaft ohnehin nicht gerade die Stärke des studierten Altphilologen ist. Doch auch gesellschaftspolitisch ist Bayrou bei Themen wie Homöopathie und Einwanderung in Wahrheit weit weniger von der Rechten entfernt, als er glauben machen will. „Absolute Priorität“ hat für den sechsfachen Vater die Bildungspolitik. Für den EU-Verfassungsentwurf schlägt er ein neues Referendum im Jahre 2009 vor, in dem die Franzosen dann hoffentlich „oui“ sagen würden. Seine wichtigsten Vorschläge betreffen die Institutionen der Fünften Republik, die er – Lieblingsthema französischer Politiker – in eine Sechste überführen will. Dazu gehört eine Dosis Verhältniswahlrecht nach deutschem Vorbild bei den Parlamentswahlen. Das trug ihm den Vorwurf ein, seine Sechste Republik werde der Vierten gleichen, die am Parteienstreit zugrunde ging. Alain Duhamel verteidigt Bayrou: Die Stärkung des Präsidentenamts, die sich der Zentrist wünscht, würde das verhindern.

Für seine paradoxe Positionierung zugleich als Außenseiter und Überwinder der Gegensätze hat sich Bayrou ein Modell geschaffen: Heinrich IV., der die Religionskriege in Frankreich beendete. „Dieses Buch ist den Freunden der Versöhnung gewidmet“, schrieb Bayrou in seiner 1994 veröffentlichten Biographie Heinrichs. Untertitel: „Der freie König“. „Versöhnung und Freiheit“ – das sind Bayrous Lieblingsbegriffe. So lautete etwa der Slogan des außerordentlichen Partei-

Bild nur
in
Printausgabe
verfügbar

tags in Lyon im Januar 2006, auf dem die Beendigung der systematischen Allianz mit der gaullistischen UMP beschlossen wurde, „UDF – die freie Partei“. Eine Freiheit, die Bayrou zur „Versöhnung“ der Gegensätze nutzen will.

Was dieser „Versöhnung“ am nächsten komme, sagt Bayrou, sei die große Koalition in Deutschland, „in der die Wähler CDU und SPD zur Zusammenarbeit zwingen“. Bayrou habe, so heißt es, auch schon eine Idee für den Posten des Premierministers, will ihn aber nicht verraten. Eine Art „junger Delors“ müsste es sein. Bayrou sieht seine UDF dabei als eine „Achse“, um die sich Abgeordnete von links und rechts scharen und eine Präsidentenpartei, eine neue „Demokratische Partei“ gründen. Doch Alain Duhamel etwa hält eine „große Koalition“ für eine Utopie, denn schon in der Stichwahl muss Bayrou in unüberwindliche Gegensätze zum einen oder anderen Lager geraten. „Meine Hypothese lautet: Es wird drei gleich starke Fraktionen geben. Ein Präsident Bayrou hätte keine Mehrheit, und seine ‚Demokratische Partei‘ würde mit einer der beiden Kräfte koalieren.“

Ein Präsident Bayrou hätte keine Mehrheit und müsste mit einer anderen Kraft koalieren.

Bayrou könnte damit argumentieren, dass die Franzosen, wenn sie ihn wählten, ihren Wunsch nach Einheit ausdrücken würden. Für dauerhaft tragfähig hält Duhamel dieses Argument aber nicht: „Ein oder zwei Jahre später würde das Parlament aufgelöst.“ Diese ungewisse Perspektive scheine die Wähler nicht zu erschrecken: „Die Franzosen, die gern protestieren, fürchten sich nicht unbedingt vor dem Unbekannten, im Gegenteil.“

Mit wachsender Sorge verfolgen der UMP-Vorsitzende Nicolas Sarkozy und die sozialistische Kandidatin Ségolène Royal die Aufholjagd Bayrous, der ihnen bereits jenseits der 20-Prozent-Marke auf den Fersen ist. Inzwischen organisieren sie die Abwehr: Sarkozy konnte eine der großen Persönlichkeiten der französischen Politik für sich gewinnen: Simone Veil, Auschwitz-Überlebende, als UDF-Ministerin unter Giscard d’Estaing verantwortlich für die Legalisierung der Abtreibung, schließlich Präsidentin des Europäischen Parlaments und Verfassungsrichterin, erklärt unter den glänzenden Augen ihres Freundes Sarkozy: „Bayrou repräsentiert nicht das Zentrum, sondern nur sich selbst. Das wahre Zentrum liegt in der UMP.“ Ségolène Royal bezichtigt Bayrou, seine politische „Identität“ zu verheimlichen: Bayrou, das sei „eine Prise Soziales in einem Ozean des Liberalismus“.

Suche Mehrheit, biete Einheit

Bayrous Gegner haben nicht ganz Unrecht. Ein Blick auf seine politische Biographie und die Geschichte seiner Partei beweist es. Der 1951 geborene Bauernsohn ist ein „Zentrist“, großgeworden in jener kleinen, aber mit einem starken politischen Profil ausgestatteten Familie der Christdemokraten: „proeuropäisch, um Dezentralisierung bemüht, sozial, mit katholischem Hintergrund“, so Duhamel. Die Christdemokraten positionieren sich in gleichem Abstand zur Rechten wie zur Linken. Im Nachkriegsfrankreich versammelten sie sich zunächst in der „Republikanischen Volksbewegung“ (MRP), einer bürgerlichen Alternative zum Gaullismus. Der MRP ging als überlegener Sieger aus den Parlamentswah-

len von 1945 hervor und regierte zusammen mit kleineren Partnern als „dritte Kraft“ in der Mitte zwischen der kommunistischen Opposition einerseits, der gaullistischen Opposition andererseits. Erster Präsident des MRP war der große Europäer Robert Schuman. Bayrou, praktizierender Katholik und einer der engagiertesten Proeuropäer Frankreichs, begann seine politische Laufbahn in der Nachfolgepartei des MRP, dem Zentrum der sozialen Demokraten (CDS). Mit dem CDS zog Bayrou 1978 unter das Dach der UDF, einem auf Initiative des damaligen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing gegründeten Bündnis zentristischer und liberaler Parteien. „Die UDF positioniert sich klar auf der rechten Mitte“, analysiert der Politologe Nicolas Sauger vom Forschungszentrum CEVIPOF. „Gleichzeitig ist die UDF tief gespalten zwischen Zentristen und Liberalen.“ Giscard hoffte, damit seine Wiederwahl gegen die Ansprüche der Gaullisten zu sichern. Nach dem Scheitern ihrer Mission 1981 geriet die UDF in eine Krise und wurde zum Mehrheitsbeschaffer der Gaullisten, an deren Regierungen sie sich massiv beteiligte. Bayrou trug diese Politik stets mit.

1998 verließen die einst von Giscard geführten, inzwischen weit nach rechts gerückten Liberalen den Zusammenschluss in Richtung RPR. Bayrou, der 1994 die Führung des CDS übernommen hatte, versammelte die verbliebenen Partner zur „Neuen UDF“ und wurde zu ihrem Vorsitzenden gewählt. Doch auch er konnte nicht verhindern, dass sich nach Chiracs Wahlsieg 2002 zwei Drittel der UDF-Abgeordneten der neuen gaullistischen „Union für eine Volksbewegung“ (UMP) zuwandten. Ohne Zweifel vereinnahmt die UMP heute einen Teil des Zentrums. Umso deutlicher schlug Bayrou seitdem einen Konfrontationskurs ein: Zweimal weigerte er sich, der konservativen Regierung das Vertrauen auszusprechen, im Mai 2006 unterstützte er sogar ein Misstrauensvotum der Sozialisten.

Zweimal weigerte sich Bayrou, der konservativen Regierung das Vertrauen auszusprechen.

Für Duhamel besteht kein Zweifel, dass Bayrou trotz seines revolutionären Gebarens ein Mann „des rechten Zentrums“ ist und dort auch der Stamm seiner Wähler zu finden ist. Dabei verfolgt der UDF-Vorsitzende das Ziel, anknüpfend an die Erfahrungen der Nachkriegszeit eine „dritte Kraft“ in Frankreich zu etablieren. „Aber diese dritte Kraft gab es eben nur in solchen Momenten schwerer nationaler Krisen“, sagt Duhamel, „und davon kann heute keine Rede sein.“ Ein ernstzunehmender Bedarf an nationaler Einheit, wie sie Bayrou anbietet, besteht nicht. Der sozialdemokratische Historiker Jacques Julliard: „Frankreich, das Land der streitbaren Gallier, das den Unterschied zwischen der Rechten und der Linken erfand, geht an deren Streit zugrunde. Das behauptet der neue, aufstrebende Zentrismus. In Wahrheit ist es umgekehrt. Der Mythos der nationalen Einheit, Erbe des Ancien Régime und der Revolution, ist hier äußerst lebendig. Dagegen hat der Bipartismus, das allen großen Demokratien gemeinsame Binom Mehrheit/Opposition, große Mühe, sich durchzusetzen.“ Der Ruf nach Einheit ist umso weniger gerechtfertigt, als natürlich auch in Frankreich sich längst nicht mehr zwei Gesellschaftsmodelle bekämpfen. Das französische Mehrheitswahlrecht lässt die Unterschiede nur stärker hervortreten. Rechts und Links – das gehört, anders als Bayrou behauptet, nicht der Vergangenheit an.